

DAS THEMA

Perspektiven für Gute Arbeit diskutiert

Das offene Fachgespräch für Betriebs- und Personalräte am 9. Juli im Erfurter Haus Dacheröden war eine spannende Veranstaltung mit mehr als 60 Gästen und einem intensiven Austausch im Rahmen mehrerer Podiumsgespräche. Dabei standen Aktionsfelder gegen prekäre Beschäftigung und für einen höheren Organisationsgrad von Belegschaften im Mittelpunkt.

Nach der Begrüßung durch Ralph Lenkert, MdB, stellte zunächst Sandro Witt, Bezirksvorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, die politischen Forderungen an eine neugewählte Landesregierung vor. Nur eine höhere Tarifbindung könne innerbetriebliche Demokratie und Mitbestimmung sichern.

Dies müsse eine künftige Landesregierung im alltäglichen Handeln thematisieren und insbesondere bei der Verwendung und Vergabe öffentlicher Mittel festschreiben. Zugleich müssen nach Ansicht des DGB in vielen politischen Feldern die Weichen neu gestellt werden, sei es bei der Bildungsfreistellung, aktiver Arbeitsmarktpolitik, Arbeits- und Gesundheitsschutz oder einem thüringenweiten Azubi-Ticket.

Bodo Ramelow bestätigte aus Sicht der Linksfraktion die DGB-Forderungen. Angesichts der weiter einbrechenden Tarifbindung bei Thüringer Unternehmen, einer Langzeitarbeitslosenquote von inzwischen 37 Prozent und 10.000 Menschen, die trotz Vollzeitar-

beit mit Hartz IV aufstocken müssen, stehe für DIE LINKE in Thüringen fest, dass eine nachhaltige Wirtschaftsförderung für Gute Arbeit unumgänglich ist. Hierfür brauche es ein neues Bündnis zwischen Gewerkschaften und reformorientierter Politik, die sich den Verwerfungen des Arbeitsmarktes insbesondere seit der Agenda 2010 entschlossen entgegenstellt. Ramelow verwies auf zahlreiche Konzepte der



LINKEN, die die Forderungen der Gewerkschaften aktiv aufnehmen. Bereits in dieser Legislatur hat DIE LINKE im Thüringer Landtag einen Entwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz vorgelegt und im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz und Ladenöffnungs-

gesetz an der Seite der Beschäftigten gestanden. Ein thüringenweites Azubi-Ticket ist für Ramelow eine logische Konsequenz für den von der LINKEN geforderten einheitlichen thüringenweiten Verkehrsverbund mit Mobilitätsgarantie. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik hat DIE LINKE ein erweitertes Konzept für den Öffentlichen Beschäftigungssektor mit 2.500 Stellen in Thüringen erstellt, selbstverständlich diskriminierungsfrei und unter Einbeziehung der Tarifpartner.

Bodo Ramelow betonte, dass die vielen kleinen gewerkschaftlichen Kämpfe das Fundament für Gute Arbeit in Thüringen seien. Der seit 80 Tagen währende Streik bei den Raststätten von Autogrill

zeigt, dass Beschäftigte bereit sind, für ihre Rechte zu streiten. Nun sei es an der Zeit, dass auch eine Landesregierung gebildet wird, die sie in diesem Ringen unterstützt.

Text und Foto: Thomas Völker

Gegen Leiharbeit

Der stellvertretende DDB-Bezirksvorsitzende Sandro Witt hatte beim Erfurter Fachgespräch „Perspektiven für Gute Arbeit“ (s.a. nebenstehenden Beitrag) auf die Situation im Freistaat Thüringen verwiesen, wo etwa 300.000 Personen einen Stundenlohn unter 8,50 Euro erhalten und der bei der Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt weit abgeschlagen ist. Bodo Ramelow hatte sich resolut gegen Leiharbeit als Regelarbeit und den Zuwachs prekärer Arbeitsverhältnisse gewandt. Für Unternehmen, dessen Ansiedlung mit öffentlichen Geldern unterstützt wird, müssten verbindliche Qualitätsstandards entwickelt werden.

Nur so könnten Niedriglöhne, befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit ebenso verhindert werden, wie ständig steigender Leistungsdruck und Überwachung der Beschäftigten. Als Antwort auf Witts Frage nach dem Umgang mit dem Fachkräftemangel plädierte Ramelow für einen „solidarischen Dialog mit anderen EU-Ländern für Zuwanderung“, die aber nicht unter dem Credo eines „Nützlichkeitsrassismus“ stehen dürfe. Dies verbinde sich auch mit dem Kampf gegen alte und neue Nazis.

Kai Budler

Jenaer Konferenz der Linksfraktion: Gute Arbeit schaffen, Teilhabe sichern



Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag sowie der Rosa Luxemburg Stiftung hatten sich in den Jenaer Rosensälen etwa 50 Interessierte zu einer Konferenz getroffen, um über Gute Arbeit und Teilhabe in Thüringen zu diskutieren.

Es wurde ihnen ein hochwertiges Tagungsprogramm geboten mit vier Vorträgen von Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel (Humboldt-Universität Berlin), Prof. Dr. Klaus Dörre und Martin Ehrlich (beide Friedrich-Schiller-Universität Jena) und dem geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, Wolfgang Lemb, gefolgt von einer Diskussionsrunde, die unter der Moderation von Julia Langhammer (DGB Gera) die bei-

den Referenten Dörre und Lemb mit der Geschäftsführerin des Landesfrauenrats Thüringen, Madeleine Henfling, und Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion, zusammenführte (siehe Foto). Frau

Prof. Nickel verwies darauf, dass Flexibilität und Mobilität offiziell eine zunehmende Selbstbestimmung der oder des Einzelnen durch Erwerbsarbeit heißen, in der Realität lasse sich jedoch nur von einer prekären Feminisierung sprechen.

Viele Frauen hätten aufgrund (unfreiwilliger) Teilzeit und niedriger Löhne nur die Wahl, das Familieneinkommen durch staatliche Leistungen oder das Einkommen eines männlichen Familienmitglieds „aufzustocken“, Alters- und Kinderarmut sind die Folge. Trotzdem sieht Frau Nickel kleine Hoffnungsschimmer: Frauen und zunehmend auch junge Männer stellen Sinnansprüche an Arbeit, die die Einforderung eines „ganzen Lebens“ statt nur Karriere beinhalten. Dies könne mit da-

zu führen, dass sich die Arbeitswelt in Zukunft ändert. Im Anschluss konkretisierte Prof. Klaus Dörre die Situation in Bezug auf Thüringen. Er wies nach, dass unsichere und niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse Hauptursache für den Fachkräftemangel sind. Aus seiner Analyse ergaben sich viele Forderungen an die Politik, z.B. nach einer Erhöhung von Löhnen und Gehältern, einer besseren Finanzierung von sozialen Berufen, der Stärkung der Gewerkschaften und einer Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten.

Martin Ehrlich vertiefte unter dem Titel „Viel Dienst. Wenig Verdienst“ die Situation am Beispiel der Thüringer Sozialwirtschaft. Er konstatierte eine Ökonomisierung des Sozialen, deren Ergebnis geringe Aufstiegsmöglichkeiten, hohe Arbeitsbelastungen, ein niedriges Lohnniveau und viele Befristungen sind.

Dies führe zu der paradoxen Situation, dass sich bei höheren Anforderungen und zunehmendem Fachkräftemangel die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen weiter verschlechtert haben. Ein „Weiter so!“ gefährde die soziale Infrastruktur. Gute Arbeit und eine Aufwertung der Berufsfelder in der Sozialwirtschaft seien unverzichtbar.

Wolfgang Lemb ergänzte um die gewerkschaftliche Perspektive und resümierte, dass wir uns von einer Markt-

wirtschaft zu einer Marktgesellschaft bewegt hätten, auf die die Gewerkschaften reagieren mussten. Eine zentrale Erkenntnis sei die stärkere Einbeziehung der Belegschaften und die Erweiterung des Blicks vom Lohnkampf hin zur Humanisierung der Arbeit. Er unterstrich dies u.a. am Beispiel der anstehenden Tarifrunde der IG Metall, in der es neben den Entgelten auch um Alters- und Bildungsteilzeitregelungen gehen wird.

Die anschließende Diskussionsrunde, an der sich das Publikum rege beteiligte, streifte viele Themen. Einigkeit herrschte, dass ein neuer Arbeits- und Produktivitätsbegriff dringend notwendig ist, um endlich die Benachteiligung angeblich unproduktiver sozialer Tätigkeiten aufzuheben. Madeleine Henfling hoffte vor allem auf ein Aufbrechen geschlechtsspezifischer Arbeitsfelder, auch durch das beschriebene neue Arbeitsverständnis.

Ina Leukefeld formulierte den Anspruch, gesellschaftlich notwendige Arbeit in den Fokus zu rücken und sprach der künftigen Landesregierung große Aufgaben beim sozial-ökologischen Umbau zu. Sie forderte mehr öffentlich geförderte Beschäftigung, auch um Menschen Teilhabe zu ermöglichen, die ansonsten gesellschaftlich ausgeschlossen blieben.

Thomas Völker